

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 107 (2010)
Heft: 1

Artikel: Wer Gutes tut, wird nachgeahmt
Autor: Schütte, Johannes D. / Huster, Ernst-Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-839544>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wer Gutes tut, wird nachgeahmt

Die Geschichte der Armutspolitik in Europa beginnt im Jahr 1975. Inzwischen hat sich der politische Kampf gegen die Armut in der Europäischen Union etabliert. Zentral dabei ist: Die Mitgliedstaaten lernen voneinander.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) haben sich im März 2000 in Lissabon auf eine Strategie geeinigt. Diese hat zum Ziel, «die Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen. Einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem grösseren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.» Mit dieser so genannten Lissabon-Strategie sollen der europäische Wirtschaftsraum weiterentwickelt und mehr Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze generiert werden. Zugleich will man damit den sozialen Zusammenhalt innerhalb der EU stärken.

Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 ist ein Teil der Lissabon-Strategie. Es soll einerseits deutlich machen, dass jeder Mensch ein Recht auf ein Leben in Würde und ohne Armut hat, andererseits dient es der Bekanntmachung von verschiedenen Initiativen und Projekten der EU, damit diese durch die Bevölkerung und die Politik stärker unterstützt werden. Oberstes Ziel des Jahres ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts innerhalb der EU. Folgende Themen stehen dabei im Zentrum: Kinderarmut und Vererbung von Armut, ein integrativer Arbeitsmarkt, Zugang zur allgemeinen und zur beruflichen Bildung und Grundversorgungsleistungen sowie die Integration von benachteiligten Gruppen. Um diese Ziele zu erreichen, setzt die EU 17 Millionen Euro ein. Damit werden auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene verschiedene Veranstaltungen, Informatiionskampagnen und Umfragen finanziert.

78 MILLIONEN SIND VON ARMUT BEDROHT

Wer über das Ausmass von Armut in Europa spricht, muss sich zuerst klar machen, von welchem Armutsbegriff auszugehen ist. Phänomene der absoluten Armut, die bedeuten, dass ein Mensch nicht genug hat, um zu überleben, findet man im heutigen Europa nur noch selten. Wenn man also über Armut oder soziale Ausgrenzung in Europa spricht, verwendet man einen relativen Armutsbegriff. Das heisst, er ist immer von den real vorhandenen Lebensbedingungen in der jeweiligen Region abhängig. Die EU hat im Jahr 2001 die Armutsschwelle bei 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens (Medianeinkommens) des jeweiligen Mitgliedsstaates festgelegt. Berücksichtigt man diese Grenze, so sind in der EU insgesamt 78 Millionen Menschen von Armut bedroht. In jedem Land der EU ist ein gewisser Prozentsatz akut von sozialer Ausgrenzung betroffen, jedoch schwanken die Anteile erheblich: In Schweden beispiels-

weise liegt dieser Anteil bei 9 Prozent, in Litauen hingegen bei 21 Prozent (s. Grafik S. 10). Im Vergleich zu anderen Regionen der Erde ist die Ungleichverteilung der Einkommen innerhalb der EU sehr moderat. Trotzdem hat der Durchschnitt der EU-Bevölkerung das Gefühl, dass in der persönlichen Umgebung jede dritte Person von Armut bedroht ist. Dass die Armutsrisikoquoten innerhalb der EU insgesamt so moderat ausfallen, ist zu einem grossen Teil auf eine erfolgreiche und flächen-deckende Sozialpolitik zurückzuführen. So liegt die Armutssquote in der EU vor der Ausrichtung der Sozial->



Achtung Kinder: In den meisten EU-Staaten sind sie überdurchschnittlich von Armut betroffen.

Bild: Keystone

- > transfers bei 26 Prozent, danach nur noch bei 16 Prozent.

Beunruhigend ist allerdings, dass in den meisten Mitgliedstaaten das Armutsrisiko von Kindern noch über dem der Gesamtbevölkerung liegt. So weisen nur die Länder Dänemark, Finnland und Zypern eine Armutsrisikoquote für Kinder bis 17 Jahren auf, die unter jener der Gesamtbevölkerung liegt.

DIE EU STEUERT DIE POLITIK DER MITGLIEDSTAATEN

Die Geschichte der Armutspolitik der EU beginnt im Jahre 1975. Damals stellte man fest, dass die Zusammenarbeit der europäischen Staaten nicht wie erhofft zu einer Reduktion der sozialen Ungleichheiten führte. Jacques Delors, von 1985 bis 1994 Präsident der Europäischen Kommission, initiierte drei EU-Armutsprogramme – damit begannen die aktiven Bemühungen, Armut und soziale Ausgrenzung politisch zu bekämpfen. Inzwischen hat sich das Thema Armutsbekämpfung als wichtiger Teil einer gemeinsamen europäischen Politik etabliert und ist Bestandteil des EU-Vertrags und damit der eingangs erwähnten Lissabon-Strategie.

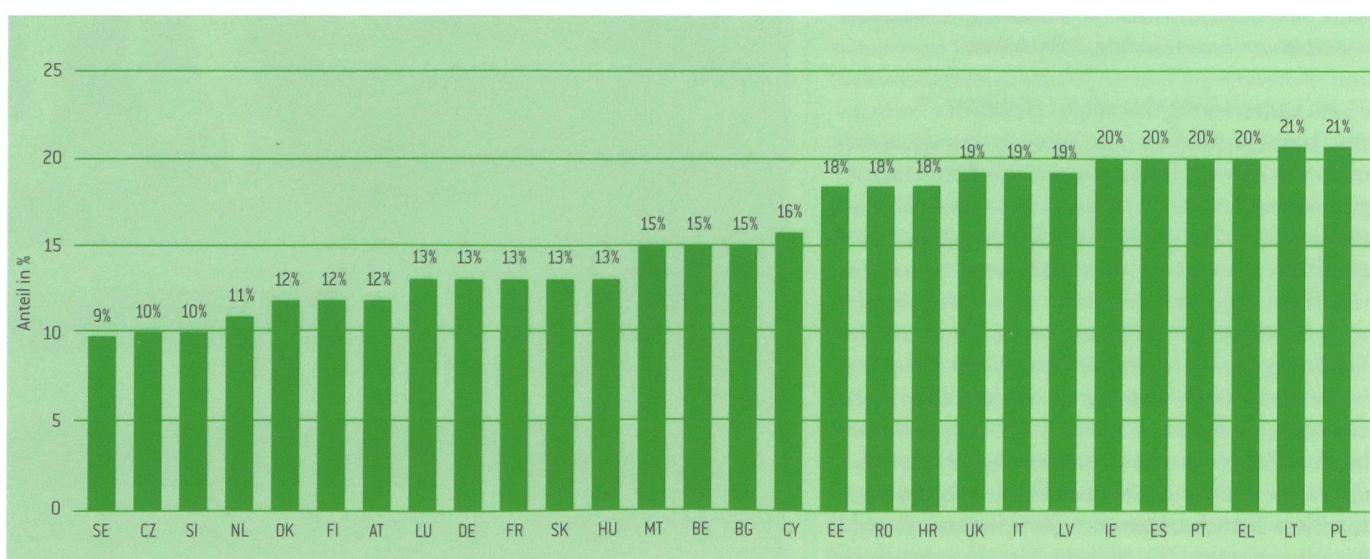
Die EU besitzt verschiedene Interventionsmöglichkeiten, um ihre Ziele zu verwirklichen. Dazu gehören gewisse Rechtsetzungskompetenzen und damit verbunden die Möglichkeit, über verschiedene Fonds Gelder zur

Verfügung zu stellen. Zum anderen kann die EU Informationen bereitstellen und mittels Zielvereinbarungen indirekt auf die nationale Politik der Mitgliedstaaten Einfluss nehmen. Diese Interventionsmöglichkeiten werden als weiche Steuerungsformen beschrieben. Die härteren Interventionsmöglichkeiten sind relativ schwach ausgebaut. Die EU hat in den letzten Jahren jedoch verstärkt versucht, über die Offene Methode der Koordinierung (OMK) ihre Ziele zu erreichen. Für den Bereich Armut und soziale Ausgrenzung wurde 2001 in Belgien eine Liste von Indikatoren festgelegt, um den Fortschritt in den einzelnen Bereichen messen zu können. Gleichzeitig wurden Zielvereinbarungen getroffen, die über die nationale Politik der Mitgliedstaaten bis 2010 erfüllt werden sollen. Außerdem einigte man sich darauf, dass in regelmäßigen Abständen Berichte, Aktionspläne und Peer Reviews zu einzelnen Themen gemacht werden.

DIE STAATEN PRÄSENTIEREN IHRE SICHTWEISEN

Ein wichtiger Erfolg der EU-Politik ist, dass es seit 2005 eine europaweite Längsschnittdatenerhebung (EU-SILC) gibt, auf die sich die verschiedenen Berichte stützen können. Erst mit dieser Statistik sind solide Vergleiche möglich geworden. Die Steuerung über die OMK funktioniert demnach so, dass die EU Informationen und ein Forum bereitstellt. Die einzelnen Mitglied-

Anteil der Bevölkerung, der mit einem Einkommen unter der Armutsrisikogrenze (EU) lebt.



Quelle: Europäische Kommission, spez. Eurobarometer – Armut und soziale Ausgrenzung, September 2007

Die Lobbyarbeit ist wichtig, um finanzielle Mittel für die Armutsbekämpfung zu gewinnen und den Informationsaustausch zwischen den NGO zu verbessern.

staaten orientieren sich daran und einigen sich auf gemeinsame Indikatoren und Ziele. Diese werden von der EU überprüft, damit die Nationalstaaten in der Armutsbekämpfung aktiv bleiben.

Ein weiteres Mittel, um die nationale Politik zu beeinflussen, stellt das «mutual Learning» dar, also das Lernen voneinander. Die Mitgliedstaaten stellen dabei Good-Practice-Beispiele vor oder präsentieren ihre Sichtweisen, wie Exklusionsprozesse am effektivsten aufgehalten werden können. Seit dem Jahr 2004 finden innerhalb der EU regelmässig Peer Reviews statt. Dabei stellen die Mitgliedstaaten einander politische Massnahmen zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung vor. Diese Vorstellungen werden von unabhängigen EU-Expertinnen und -Experten dokumentiert und analysiert, so dass ein reger Austausch und eine breite Informationsbasis zum Thema soziale Ausgrenzung in Europa entstehen.

GOOD PRACTICE MACHT SCHULE

Auf EU-Ebene setzen sich verschiedene unabhängige Netzwerke für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung ein. Beispiele sind das European Anti Poverty Network (EAPN), die European Federation of National Organisations (FEANTSA) und das European Social Forum (ESF). Diese Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Gruppen sind auf europäischer Ebene vertreten und machen ihre Anliegen den EU-Institutionen und einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Die Lobbyarbeit ist zudem wichtig, um finanzielle Mittel für die Armutsbekämpfung zu gewinnen und den Informationsaustausch zwischen den NGO zu verbessern. Die verschiedenen Stakeholder bieten außerdem Weiterbildungen und Aufklärungsseminare an.

Die Offene Methode der Koordinierung (OMK) und das Engagement der verschiedenen Stakeholder haben dazu geführt, dass die Staaten der EU in den letzten Jahren immer mehr Good-Practice-Beispiele aus einzelnen Ländern übernommen haben. Beispiele dafür

LITERATURHINWEIS:

Kay Bourcarte und Ernst-Ulrich Huster: «Der Armutsdiskurs in Europa 1970 - 2010. Mass, Ausmass und Perspektiven der Armut», in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, hrsg. vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Heft 4/2009, Seite 4 – 21.

Weitere Infos: www.peer-review-social-inclusion.eu

sind Massnahmen zur sozialen Wiedereingliederung von Personen, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt stehen («active inclusion») in Frankreich oder die Ergebnisse eines Ländervergleichs verschiedener Mitgliedstaaten, der Massnahmen gegen die Diskriminierung und für die Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten beinhaltete. Ein weiteres Beispiel für einen in Gang gekommenen Veränderungsprozess ist die Bekämpfung der Kinderarmut. In diesem Bereich weisen die skandinavischen Länder besonders gute Resultate vor, so dass andere Staaten versuchen, die Ansätze zu adaptieren. Außerdem haben sich die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2006 dazu verpflichtet, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um die Kinderarmut rasch zu verringern, damit alle Kinder – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – die gleichen Chancen haben.

EIN JAHR, DAS IMPULSE SETZT

Das Thema Kinderarmut ist besonders bedeutend, weil sich Entbehrung und Mangel im Kindesalter oft mehrfach nachteilig auf das Erwachsenenalter auswirken. Von den skandinavischen Ländern lässt sich lernen, dass ein multidisziplinärer Ansatz die besten Erfolgsaussichten hat: Es gilt also, sowohl allgemeine Leistungen bereit zu stellen, die ein familienfreundliches Umfeld schaffen, als auch spezifische Massnahmen für besonders benachteiligte Gruppen zu etablieren. Darüber hinaus sind Unterstützungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt sehr wichtig. Dies gilt ganz besonders für Alleinerziehende. Sie sind auf früh einsetzende, ganztägige Kinderbetreuungsmöglichkeiten, flexible Arbeitszeiten und Beratungsstellen angewiesen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass im Bereich der Armutsbekämpfung der Einfluss auf die Politik der Mitgliedstaaten in den letzten Jahren grösser geworden ist. Dies lässt hoffen, dass das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ebenfalls positive Impulse setzen wird. ■

Johannes D. Schütte

Diplomsozialarbeiter, promoviert derzeit an der Justus-Liebig Universität Giessen. Experte der Europäischen Kommission gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Ernst-Ulrich Huster

Professor für Politikwissenschaft, Evangelische Fachhochschule Bochum und Universität Giessen. Mitglied des europäischen Netzwerkes von Nichtregierungs-Experten